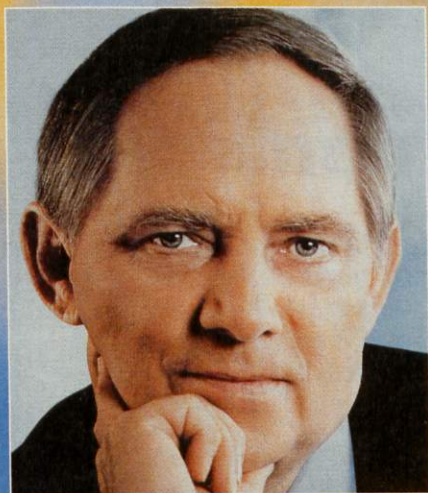


UiD Extra
16/1999

**2. ZUKUNFTSFORUM
GRUNDWERTE
15. MAI 1999 IN COTTBUS**

***freiheit,* DIE WIR MEINEN**



**...und manchmal
steht sie noch!**

10 Thesen
zum 10. Jahr
nach dem Fall
der Mauer.

Ein Diskussions-
papier der
Wertekommission
der CDU.
Seite 10-18

Rede des
Parteivorsitzenden
und Vorsitzenden
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
Wolfgang Schäuble

CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.



Wenn der Mensch nicht nur Einzelwesen, sondern auch Gemeinschaftswesen ist, dann wird daraus auch deutlich, warum wir keiner Entwicklung zustimmen können, die die Freiheit des einzelnen vor allem als Freiheit von allen Grenzen und Bindungen begreift. Uns sollte es nicht in erster Linie um eine Freiheit von etwas, sondern um eine Freiheit zu etwas gehen. Der Mensch soll sich nicht nur um sich selbst kümmern müssen oder glauben, es zu sollen. Er soll gerade frei sein, auch für andere oder gemeinsam mit anderen das Leben zu gestalten. Freiheit darf also nicht als Beliebigkeit, sondern muß als verantwortete Freiheit verstanden werden.

Wolfgang Schäuble:

Freiheit, die wir meinen

Vor 10 Jahren ist die Nachkriegsordnung zu Ende gegangen. Die Blockkonfrontation verschwand mit der Auflösung des Warschauer Paktes. Der Ost-West-Konflikt verlor seinen beherrschenden Einfluß. Mittlerweile sind wir in Deutschland nur noch von stabilen Demokratien umgeben. Die Staaten Mittel- und Osteuropas streben in die politischen Ordnungen des freien Westens, der NATO und der Europäischen Union.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verschwand auch der äußere Druck, der auf der alten Bundesrepublik lastete. Der ideologische Gegenentwurf des Sowjetimperiums mußte sein Scheitern eingestehen. Dies hat weitreichende Folgen für das Selbstverständnis des geeinten Deutschlands. Die Debatte über die Frage „Was hält uns zusammen?“ ist aktueller denn je.

Anders als vor 10 Jahren, zur 40-Jahr-Feier des Grundgesetzes, spüren wir: Die Basis einer allgemein

akzeptierten Verfassung ist wichtig, aber reicht als einigendes Band nicht aus. Wir brauchen ein tiefer gegründetes und weiter reichendes Fundament. Wir brauchen eine gemeinsame Wertegrundlage.

Wir brauchen eine menschliche und gesellschaftliche Ordnung, die sich immer wieder selbst vergewissert und sich über die wichtigsten Prinzipien des Zusammenlebens einig ist. Was passieren kann, auf welches Ende es geradezu zutreibt, wenn eine Ordnung sich nicht auf Übereinstimmung gründet, sehen wir am Schicksal Jugoslawiens. Die Wucht der zerstörerischen Kräfte, die sich in einer solchen Zwangsgesellschaft ohne die Grundlage freiwilliger Übereinstimmung entwickeln können, läßt uns beim Anblick der Katastrophe im Kosovo erschauern. Wie genau hat Tocqueville schon vor gut 150 Jahren erkannt, daß der gefährlichste Augenblick dann eintritt, wenn die in Zwangsregimes herrschende Unfreiheit beginnt aufzuweichen. Dieser Punkt war

in Jugoslawien nach dem Tod von Tito und dem Ende des europäischen Kommunismus erreicht. Seit 1989 ist deshalb das ehemalige Jugoslawien in immer größeren Schritten in die Barbarei geraten.

Wenn wir uns die Entwicklung in Jugoslawien, aber auch in der ehemaligen Sowjetunion, ich erinnere nur an die Kriege in Moldawien, Tschechien, Nagorny-Karabach, vor Augen führen, dann wird umso deutlicher das ganz Außerordentliche, daß die friedliche Revolution in Mitteleuropa, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in der ehemaligen DDR so wunderbar gelang. Der Wunsch nach Freiheit, nach Grundwerten und Menschenrechten und nationaler Identität, nach Zugehörigkeit mag den Unterschied erklären – und damit sind wir bei unserem Thema, unseren Sorgen und Hoffnungen, sind wir mitten in Deutschland.

I Auch nach einer Dekade sind noch viele Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland vorhanden. Ich denke nicht nur und heute noch nicht einmal in erster Linie an die materiellen Unterschiede. Die Einstellung zum Handeln der NATO in der Kosovo-Krise hat einen signifikant anderen Schwerpunkt in Ostdeutschland. Das Staatsverständnis ist nicht deckungsgleich. Die Überzeugung, daß unsere parlamentarische Demokratie zur Lösung der Probleme unseres Landes grundsätz-

lich in der Lage ist, ist weit schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland. Die demoskopischen Befunde zeigen deutlich, daß Ost- und Westdeutsche zwar unsere Gesellschaftsordnung an den gleichen Grundwerten messen, an der Freiheit, der Gleichheit und der Gerechtigkeit. Aber die Prioritäten sind oftmals andere, und auch über das konkrete Verständnis dieser Werte besteht erheblicher Diskussions- und Verständigungsbedarf.

Darin spiegeln sich die unterschiedlichen Lebenswege und die unterschiedliche Lebenserfahrung, die auf diesen Wegen gesammelt wurde, wider. Die verschiedenen Prägungen sind wohl tiefergehend und anhaltender, als wir das 1989 dachten. Aber mit jedem Jahr, das wir gemeinsam leben und gestalten, verändert sich der Boden, auf dem wir denken und handeln. Die Zeit darf allerdings nicht ungenutzt bleiben, und wir sollten den entscheidenden Vorteil nutzen, den freiheitlich verfaßte Gesellschaften bei der Festigung ihres Fundamentes haben: In freiem Gespräch, in ehrlicher Diskussion, in sachlichem Abwägen des Für und Wider können wir uns über unsere Werteordnung verständigen, uns aufeinander zubewegen und gemeinsame Überzeugungen gewinnen.

Deshalb hat die CDU eine Wertekommission unter der Leitung von Christoph Böhr und Dieter Althaus einge-

richtet. Deshalb haben wir den Diskussionsprozeß vor drei Jahren in Halle begonnen, und deswegen ist es gut und dringend, daß wir heute in Cottbus das 2. Zukunftsforum Grundwerte veranstalten. Der Anstoß zu einer Vertiefung der Grundwertedebatte in der Union ist ja nicht zuletzt aus den neuen Bundesländern gekommen, aus Mecklenburg-Vorpommern und anderen, wo sich die Fragen der geistigen Grundlagen politischen Handelns nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie besonders scharf stellen. Ich fände es gut, wenn sich davon auch recht viele in den alten Bundesländern angestoßen fühlen.

Ein gemeinsames Verständnis von Werten ist übrigens nicht nur allgemeine Voraussetzung für ein langfristiges stabiles Gemeinwesen. Eine klare Vorstellung von dem, was Grundwerte im politischen Sinne bedeuten und welche Prioritäten man in dem Abwägungsprozeß, aus dem Politik immer besteht, setzen will, ist auch für jede konkrete Politik unbedingt notwendig. Denn aus dem gemeinsamen Werteverständnis wächst das Koordinatensystem, anhand dessen wir unseren Standort bestimmen und die Richtung festlegen können. Ohne diese Leitlinien, ohne die Leuchttürme an den Wegmarken werden wir nicht eines der drängenden Probleme unseres Landes bewältigen können – weder die Erneuerung der Sozialversicherungssysteme noch die Erziehung und Aus-

bildung der jungen Generation noch, vor allem anderen, wieder mehr Beschäftigung für die Arbeitsuchenden erreichen. Es geht also im Kern darum, die Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu schaffen und zu erhalten.

Wenn es dazu noch eines Beweises bedurfte, dann liefert uns ihn die Gegenwart seit dem vergangenen Oktober. Was passiert, wenn man ein wertgebundenes Koordinatensystem nicht besitzt, führt uns die rot-grüne Bundesregierung tagtäglich vor. Mit dem Vor und Zurück, dem Gas-geben-in-der-Kurve und Bremsen-auf-der-Geraden führt sie die Folgen fehlender Orientierung drastischer vor Augen, als ich es selbst für möglich gehalten habe.

Wie aber gewinnen wir ein Wertesystem, das in seinen Auswirkungen auf das politische Handeln dem Menschen gemäß bleibt? Doch nur, in dem wir es aus unserem Bild vom Menschen ableiten. Hier, bei der Frage nach dem Menschenbild bereits liegt der Fehler aller Systeme, die auch bei noch so guten Absichten in der Theorie dann in der Praxis Unfreiheit, Armut, Unfrieden bewirkt haben. Hier liegt bereits die Weggabelung, an der sich entscheidet, ob eine politische Ordnung in die Inhumanität abgleitet. Hier liegt nach meiner Auffassung auch der Punkt, an dem der Sozialismus einen Weg einschlägt, der ihn

nach seinen eigenen Vorgaben scheitern lassen muß. Ich sage das, weil ich weiß, wie viele Menschen gerade in Ostdeutschland immer noch glauben, mit dem Sozialismus an sich sei es doch eine gute Sache, nur die Ausführung sei leider in schlechte Hände geraten. Der Sozialismus setzt immer den neuen Menschen voraus, gibt also zu, daß seine Ordnungsvorstellungen so ohne weiteres nicht zu den Menschen passen.

Unser Bild vom Menschen geht von der unveräußerlichen Würde jedes einzelnen aus, die nicht erst geschaffen werden muß, sondern jedem Individuum verliehen ist und die keine Macht dieser Welt ihm nehmen darf. Unser Verständnis bettet sich dabei ein in das abendländische Menschenbild und einen Wertekanon, der auf der Grundlage von Christentum und Humanismus in und für ganz Europa entwickelt worden ist. Daran sollten wir denken, wenn in wenigen Wochen die Europawahl ansteht. Ohne eine solche gemeinsame historische und geistige Grundlage gäbe es keine Europäische Union und kein Parlament. Lassen wir die Grundlagen verschwimmen, gefährden wir letztlich auch das europäische Einigungswerk.

Der Mensch ist in unserem Menschenbild nicht nur Einzelwesen, er braucht auch zur Entfaltung die Gemeinschaft, und besser eine freiwillig akzeptierte Gemeinschaft freier Individuen. Aus der Fähigkeit, zwischen Gut

und Böse zu entscheiden, folgt die Einsicht, daß der Mensch fehlen kann. Nicht zuletzt deswegen ist es so entscheidend, ein politisches System zu errichten, das davon ausgeht, daß auch bei bestem Streben nicht alles gelingen wird. Ein solches System wird deshalb die Freiheit sichern, Fehler zu korrigieren und einen besseren Weg zu suchen. Das gilt für die Freiheit jedes Einzelnen, seinen Lebensentwurf verändern, anpassen, erneuern zu können, genauso wie für die Freiheit von Gemeinschaften auf verschiedenen Ebenen, Macht nur zeitlich begrenzt zu verleihen und Verantwortliche auch zur Verantwortung ziehen zu können. Aus unserem Menschenbild folgt deshalb, daß vor allem anderen der Freiheit die zentrale Bedeutung zukommt.

Wenn der Mensch nicht nur Einzelwesen, sondern auch Gemeinschaftswesen ist, dann wird daraus auch deutlich, warum wir keiner Entwicklung zustimmen können, die die Freiheit des einzelnen vor allem als Freiheit von allen Grenzen und Bindungen begreift. Uns sollte es nicht in erster Linie um eine Freiheit von etwas, sondern um eine Freiheit zu etwas gehen. Der Mensch soll sich nicht nur um sich selbst kümmern müssen oder glauben, es zu sollen. Er soll gerade frei sein, auch für andere oder gemeinsam mit anderen das Leben zu gestalten. Freiheit darf also nicht als Beliebigkeit, sondern muß als verantwortete Freiheit verstanden werden.

Ein politisches System sollte deswegen seine Leitbilder, seine Anreizsysteme und Verhaltensmechanismen nicht darauf ausrichten, allein die größtmögliche Zahl von materiellen Gütern anzuhäufen. Ich will die wohlstandbringende Antriebsfeder des eigenen materiellen Wohlergehens gar nicht klein reden. Aber ein politisches System, wie wir es uns vorstellen, muß immer auch soziale Wärme vermitteln können. Wer Besitz hat und sich etwas leisten kann, der soll sich bewußt sein, daß es sinnvoll und gut ist, auch für die anderen etwas zu leisten. Eigentum bringt Verantwortung mit sich. Allerdings, ich will kein politisches System anstreben, das dem Besitzenden mit Zwang aufoktroiert, wie er sein Eigentum in die Verantwortung anderer abzugeben habe. Vielmehr sollten wir immer zuerst überlegen, wie wir Anreize für ein freiwilliges ausgewogenes Engagement für sich und die Gemeinschaft schaffen können.

Im übrigen ist ein System mit der Priorität einer verantworteten Freiheit auch grundsätzlich das effizientere. Denn es fördert und fordert den Menschen zugleich und sieht in ihm zuallererst den eigenverantwortlichen Aktiven und nicht den unmündigen Passiven.

IV. Wenn ich von der unveräußerlichen Würde des Menschen sprach, dann gehört dazu naturgemäß die Gleichheit der Menschen in

dieser Würde. Daraus folgt nun aber gerade nicht eine Gleichförmigkeit oder Gleichmacherei, sondern eine Gleichheit der Chancen. Der Mensch bleibt eigenverantwortlich und frei, aus diesen Chancen viel oder weniger zu machen. Das können und wollen wir ihm nicht abnehmen. Zugegeben, in den letzten 10 Jahren hat es sicherlich viele Verletzungen in Ostdeutschland gegeben, weil man diese grundsätzliche Gleichheit der Chancen so nicht erfahren hat. Das ist wahr, und daran müssen wir arbeiten. Das erklärt zu einem Teil auch die hohe Bedeutung, die von vielen in Ostdeutschland der Gleichheit vor der Freiheit eingeräumt wird – heute mehr als 1989/1990, wie die Demoskopie zeigt. Aber vielleicht ist es auch ein bißchen so, daß man gerade das als so besonders wichtig erachtet, was man vermißt, dagegen das Vorhandene leichter übersieht. Früher vermißte man die Freiheit, dafür hatte man viel Gleichheit. Heute ist es umgekehrt, wenn auch die Ungleichheit für die allermeisten auf einem sehr viel höheren Niveau stattfindet.

Um zu einer besseren Gleichheit der Chancen zu kommen, ist es so wichtig, daß jeder einzelne für sich den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung nachvollzieht und auch daraus Konsequenzen zieht. Wir dürfen nicht locker lassen, jeder-mann zum Engagement in der res publica, in den öffentlichen Angele-

genheiten aufzurufen. Das gehört zu den Unterschieden in Deutschland. Wer seit 1933 nicht unter den Bedingungen von Freiheit leben konnte, muß die Chance von ehrenamtlichem Engagement erst erfahren. Umso erfreulicher zu beobachten, wie das ehrenamtliche Engagement wächst und daß wir z.B. bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr viel mehr Bereitschaft zur Kandidatur finden als noch ein paar Jahre zuvor! Das stimmt hoffnungsvoll.

Freiheit bedeutet Verantwortung, damit andere nicht verletzt werden. Wer besitzt, besitzt Verantwortung. Das ist leider häufig genug nicht bedacht worden, wo in der Freiheit geübte Westdeutsche, vor allem in der Freiheit zugunsten des persönlichen Vorteils geübte Westdeutsche in Alltag und Beruf auf Ostdeutsche getroffen sind. Es ist zuweilen das Bild entstanden, die Bundesrepublik West hätte das Materielle zum Maß aller Dinge erhoben. Ich sage deutlich: Dies ist nicht unser Leitbild, dies ist nicht das Werteverständnis der christlichen Demokratie. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

V Und wir brauchen neben der Freiheit in Verantwortung noch etwas ganz wichtiges, ohne das wir kein Vertrauen in die Zukunft und deswegen auch keinen Mut, unsere Freiheit zu nutzen, aufbringen werden. Wir brauchen ein Gefühl der Nähe, der Verbundenheit und Ver-

trautheit. Wir müssen sowohl im sinnlichen wie geistigen Sinne von etwas sagen können: Dies ist meine Heimat. Nur wenn wir uns an einem Ort zuhause fühlen, fühlen wir uns sicher genug, Toleranz aufzubringen. Toleranz aber brauchen wir für das Andersartige und das Neue, das uns tagtäglich begegnet. Unser Gemeinwesen muß von einer hinreichenden Identifikation seiner Bürger getragen werden, um eine Gesellschaft der Offenheit und des Engagements zu sein. Identifikation und Vertrautheit ist aber nicht nur eine Sache der rationalen Überzeugung, der bloßen Vernunft, auf die die emanzipatorische Linke so sehr baut. Identifikation und Vertrautheit sind zutiefst emotionale Faktoren und auch sehr stark von der eigenen Erfahrung bestimmt.

Viele Ostdeutsche fühlen sich noch nicht sehr vertraut mit unserem Gemeinwesen.

Sie sind noch nicht ganz zuhause in dieser Bundesrepublik Deutschland, auch wenn klar ist, daß die untergegangene DDR das Zuhause nicht mehr sein kann. Vielleicht liegt darin die Erklärung, daß wir dort ein zurückhaltenderes Engagement für die Dinge außerhalb der unmittelbaren eigenen Lebenswelt und noch nicht so viel Aufgeschlossenheit z.B. für die Europäische Einigung beobachten.

Friedrich August von Hayek, dessen 100. Geburtstags z.Zt. gedacht wird,

hat gegen Ende seines Lebens untersucht, was über die Jahrtausende hindurch erfolgreiche Gesellschaften von schnell wieder untergegangenen Gesellschaften unterscheidet. Er hat bei den erfolgreichen Gesellschaften drei verbindende Elemente gefunden: den hohen Wert der Familie, den Schutz des Eigentums und den Wettbewerb. Anders ausgedrückt, es waren Gesellschaften, in denen Nähe und Geborgenheit vermittelt wurde, Gesellschaften, die Leistung und Eigenverantwortung förderten und die Freiraum zur Erneuerung, zum Ringen um den besten Weg schufen. Hayek hat deutlich gemacht, daß solche Gesellschaften auf Dauer auch das größte Maß an sozialer Gerechtigkeit hervorbrachten. Es ist wichtig zu betonen, daß eine freiheitliche Gesellschaft viel mit Gerechtigkeit zu tun hat. Eine solche Gesellschaft fordert eine adä-

quat gerechte Wirtschaftsordnung. Die soziale Marktwirtschaft, das muß immer wieder gesagt werden, ist eine solche wertgebundene Wirtschaftsordnung!

Wenn es uns gelingt, deutlich zu machen, daß der christdemokratische Gesellschaftsentwurf auf einem festen Grundwerteverständnis beruht, daß wir die Freiheit voran stellen, aber nur mit Freiheit in Verantwortung Gerechtigkeit erzielen können, dann – so glaube ich – kann auch in Ostdeutschland die notwendige Vertrautheit entstehen. Aus der Vertrautheit gewinnen wir Selbstgewißheit und schaffen damit in uns selbst die Voraussetzung für Innovation und Erneuerung. So gewinnen wir die Zukunft, eine Zukunft, in der Werte zuhause sind und in der Freiheit herrscht, wie wir sie meinen. In diesem Sinne wünsche ich der Tagung viel Erfolg.

... und manchmal steht sie noch!

1. Wir sind das Volk – Wir sind ein Volk!

Das Jahr 1989 hat unser Leben verändert: In Deutschland, in Europa und in der Welt. Hierzu haben die Menschen in Ostdeutschland durch ihren Freiheitswillen, ihren Mut und ihre Friedfertigkeit entscheidend beigetragen. Die deutsche Geschichte hat kaum vergleichbare politische Leistungen aufzuweisen. Die erzwungene und unnatürliche deutsche Teilung wurde durch das Zusammenwirken der Menschen in beiden Teilen Deutschlands beendet.

Die Christlich Demokratische Union war die große deutsche Volkspartei, die ohne Wenn und Aber ihre ganze politische Energie diesem Ziel untergeordnet hat.

Auch heute wünscht sich niemand ernsthaft die alte Zeit zurück. Die deutsche Einheit ist ein großes Glück für alle Menschen in Ost und West.

Daß nur kurze Zeit zum Handeln zur Verfügung stand, hatte seinen Preis.

Es gab wechselseitige Mißverständnisse, Versäumnisse und Fehler.

Im Westen waren die Kenntnisse über die Lage im Osten gering. Der Versuch der Linken, die zu erwartenden Kosten für den Aufbau Ostdeutschlands gegen die Wiedervereinigung zu instrumentalisieren, erschwerte eine sachliche Bestandsaufnahme. Vor Glücksrittern auf der Jagd nach dem

10 Thesen im 10. Jahr nach dem Fall der Mauer. Ein Diskussionspapier der Werte- kommission der CDU

schnellen Geschäft waren die Menschen in Ostdeutschland nicht wirklich genug geschützt. Die Folgen des Anpassungsdrucks an die Menschen in Ostdeutschland blieben im Westen weitgehend unbeachtet. Im Osten herrschten nur vage Vorstellungen von den Anforderungen einer freien Gesellschaft an den einzelnen Menschen, von den Möglichkeiten und Grenzen eines demokratischen Staates und von den Härten des Wettbewerbs.

Nach wie vor ist die Kenntnis über Geschichte und Lebensbedingungen der Landsleute im „anderen Teil“ Deutschlands nicht groß. Dies erklärt manch aktuelles Mißverständnis und manche mißmutige Unterstellung.

Auch 10 Jahre nach dem Fall der Mauer sind sich die Deutschen in den alten und den neuen Bundesländern vielfach fremd geblieben. Das Interesse, sich miteinander zu beschäftigen, ist gering, und so bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, den Abriß der Mauer in den Köpfen zu vollenden.

Die Christlich Demokratische Union will das wechselseitige Interesse der Menschen an ihren Lebensgeschichten, Lebenszielen und Wertorientierungen stärken.

Was die Menschen im Zeitalter von Globalisierung und Wandel zur Wissensgesellschaft eint, ist die Suche nach Orientierung, nach festen Werten, die unabhängig von der Tagespolitik gelten und für die Gestaltung der Gesellschaft einen verbindlichen Handlungsrahmen liefern. Das gemeinsame Verständnis über die Frage, was unsere Gesellschaft zusammenhält, ist ein wichtiger Beitrag für die Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands. Wir können gar nicht mehr für die Einheit Deutschlands bewirken, als in einem unverkrampften Verhältnis zur Nation die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben als gemeinsame Aufgaben zu betrachten und uns vor allem von der Frage leiten

zu lassen, was die richtige Lösung für das gesamte Deutschland ist.

Gut für Deutschland ist nur, was gut für ganz Deutschland ist.

2. Blühende Landschaften sind nicht alles

Der Prozeß der inneren Einigung hat eine ökonomische und eine emotionale Seite.

Tatsächlich sind in den neuen Ländern blühende Landschaften entstanden. Der Strukturwandel hat in den 10 Jahren der Wiedervereinigung ein atemberaubendes Tempo erreicht. Längst sind die neuen Länder Standard modernster Technologien. Dieser Wettbewerbsvorteil wird sich auf lange Sicht auszahlen – auch im Vergleich zu traditionellen Standorten der Industrie in den alten Ländern.

Allerdings: Es wurde viel über Geld gesprochen. Zu wenig wurde über die Menschen gesprochen und, was sie bewegt.

Wir müssen Fragen auch unter emotionalen Vorzeichen beantworten. Gibt es eine innere Bindung der Menschen in den neuen Bundesländern an Demokratie, Rechtsstaat, Soziale Marktwirtschaft? Ist der Freiheitsimpuls der Revolution versiegt? Ist es möglich, Sympathien für die Freiheit

zu entwickeln, wenn der Einsturz der Mauer der Beginn der eigenen Arbeitslosigkeit war – und diese in manchen Fällen bis heute anhält?

Es gibt viele Fragen. Und es scheint, daß ein gemeinsames Nachdenken über identitätstiftende Werte gerade erst eingesetzt hat.

Wir müssen bestimmen, welche Wertorientierungen Staat und Gesellschaft im vereinigten Deutschland fördern sollen.

- Wofür sollte der Staat, und wofür der einzelne zuständig sein?
- Wie bemessen sich Freiheitsräume? Wo sind die Grenzen?
- Auf welche Weise wird Verantwortung zugeschrieben – dem Staat, der Gesellschaft, dem einzelnen?

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, das Gespräch über diese Fragen aufzunehmen und in Gang zu setzen.

3. Es gibt ein Leben vor der Wende

Dieser Diskussionsprozeß ist um so wichtiger, als die Fremdheitsgefühle der Ostdeutschen im westlichen System von den Gegnern der Einheit politisch mißbraucht werden.

Die stark ökonomische Betrachtungsweise der deutschen Einheit läßt außer acht, daß die – vielfach aus

West Sicht – beschriebene Realität im Osten eine andere Wahrnehmung erfährt. „Mitten im Leben“ bedeutet, diese Wahrnehmung zu kennen und die Menschen dort ‚abzuholen‘; es bedeutet nicht, sie dort stehen zu lassen, wo sie stehen!

Dazu ist ein wahrhafter, aber auch ein unverkrampfter Umgang mit der Vergangenheit erforderlich. Zur Wahrheit gehört, daß die SED-Diktatur Freiheits- und Menschenrechte verweigert hat. Zur unverkrampften Betrachtung der Vergangenheit gehört, daß den Unrechtsstaat nur diejenigen bewußt erfahren haben, die sich den üblichen Loyalitätsritualen verweigerten, die eigenverantwortlich ihrem Gewissen, ihrer Überzeugung folgten und Mißstände in der Gesellschaft öffentlich ansprachen. Der größte Teil der Menschen lebte nicht in täglicher Konfrontation mit der Staatsmacht und dem Unrechtsstaat. Gleichwohl war die Unterdrückung und Einschränkung von Freiheit und Recht eine Tatsache.

Die meisten Menschen waren weder Teil des Systems noch Widerstandskämpfer. Sie hatten sich „eingerichtet“ und haben es geschafft, mit Anstand und Würde ihr Leben zu meistern. Unter den gegebenen Umständen haben sie oft das Beste aus ihrem Leben gemacht.

Trotz ökonomischem Niedergang und sozialistischer Gleichmacherei gab es herausragende Leistungen. Trotz

Diktatur konnten individuelle Freiheiten bewahrt und gelebt werden.

Nur wenn diese Realitäten angesprochen werden, können die Menschen spüren, daß ihr Leben in unseren politischen Debatten überhaupt vorkommt.

4. Die CDU muß für ihre Wertvorstellungen kämpfen

Eine stärkere Rücksichtnahme auf Wahrnehmung und Empfinden der Menschen stellt unser politisches Selbstverständnis in keiner Weise in Frage: Freiheit, Rechtsstaat, Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, klare Abgrenzung zur PDS. Nichts von dem darf aufgegeben oder muß relativiert werden.

Wir wollen für die Demokratie, für Menschenrechte und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung werben und sie in den Köpfen und Herzen der Menschen verankern.

Für uns kann der Erfolg bei demokratischen Wahlen noch nicht als Nachweis für demokratische Gesinnung und Verpflichtung gelten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit präsentierte sich die SED nach außen mit pseudodemokratischen Phrasen, weil sie die Macht gewinnen wollte.

Heute lebt die PDS von der Spaltung und den Rückschlägen beim Aufbau

Ost. Ihr Ziel ist es, mit der „Anerkennung von DDR-Biographien“, worunter sie regelmäßig systemnahe Biographien versteht, das gesamte Gesellschaftssystem zu beschönigen und aufzuwerten. Um ihrer eigenen Rechtfertigung willen versucht die PDS die positiven Lebensbezüge der Menschen zu instrumentalisieren. Im nachhinein soll der Eindruck erweckt werden, es sei der damaligen SED-Politik wirklich um die Menschen gegangen. Eine absurde Behauptung!

Die PDS lebt von dem Versuch, sich ein Image zu geben, das mit ihrer Programmatik und mit ihrer realen Politik nichts zu tun hat. Es bleibt wichtig, daran zu erinnern, daß die PDS mit ihrer Vergangenheit nicht gebrochen hat. Genauso wichtig ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihrer aktuellen Politik.

In Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt und im Bundesrat trägt die PDS heute unmittelbare Verantwortung. Auch an ihren eigenen Maßstäben gemessen, versagt sie vor dieser Verantwortung. Politik und Programm des heutigen PDS-Sozialismus würden auf Dauer zu den gleichen Ergebnissen führen wie die SED-Diktatur. In der öffentlichen Auseinandersetzung muß noch viel stärker auf die Fehlschlüsse hingewiesen werden, die dem sozialistischen Menschenbild entspringen und zu falschen und politisch gefährlichen Antworten führen. Wir wollen argu-

mentativ deutlich machen, daß wir über den besseren – und vor allem einen den Menschen gemäßen – „Politikansatz“ verfügen.

5. Freiheit ist der Anfang von allem

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Der Durst nach Freiheit hat in den Jahren der deutschen Teilung Millionen Ostdeutsche bewogen, Hab und Gut zu opfern oder gar ihr Leben zu riskieren, um ein freies Wort auszusprechen oder in den Westen zu gelangen. Der Freiheitswille führte schließlich zum Ende der deutschen Teilung. Niemand in Deutschland darf vergessen, was Unfreiheit für die Menschen bedeutet.

Wir Christlichen Demokraten hüten uns daher, die Freiheit geringzuachten, weil wir auf ihre Herausforderung nicht gefaßt waren oder weil wir uns der Unfreiheit nicht erinnern wollen.

Ohne Freiheit gibt es keine Menschenwürde. Dem freien Willen des Menschen muß durch freie Entscheidungsmöglichkeiten des einzelnen und durch die Möglichkeit, persönlich Verantwortung zu übernehmen, entsprochen werden. Auch auf dieser elementaren Ebene bedeutet Diktatur Zwang und Demokratie Freiheit.

Auch wenn in Ost und West mit „Freiheit“ nicht immer dasselbe gemeint

sein mag – gerade dies soll unser Interesse wecken: Wir brauchen in ganz Deutschland ein Gespräch über das sinnvolle Ausmaß und die sinnvollen Grenzen von Freiheit.

6. Gleichmacherei kommt vor dem Fall

Gleichheit vor dem Gesetz ist ein Wesensmerkmal der Demokratie. Erzwungene materielle Gleichheit aller zerstört die Leistungsbereitschaft der Menschen, ohne die keine Gesellschaft leben kann.

Deshalb müssen wir mit schmerzlichen Ungleichheiten leben. Jeder Mensch wird in seinem Leben einen Menschen finden, der materiell besser gestellt ist, und einen Menschen, der materiell schlechter gestellt ist als er selbst. Wir Christlichen Demokraten setzen deshalb nicht auf den menschlichen Neid, sondern auf die Solidarität. Wir stellen die Solidarität des Starken mit dem Schwachen in den Mittelpunkt unserer politischen Bemühungen.

Wir wissen, daß Solidarsysteme nur dann funktionieren, wenn ihre wirtschaftliche Grundlage stabil ist. Deshalb betrachten wir es nicht als ungerecht oder sozial kalt, diese Systeme bei Bedarf an die veränderte Leistungsfähigkeit ihrer wirtschaftlichen Grundlage anzupassen. Soziale Käl-

te nennen wir es, wenn man diese Solidarsysteme durch Überlastung ihrer wirtschaftlichen Grundlage gefährdet oder zerstört.

Solidarität heißt für uns aber auch: Solidarität zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands. Sie ist ein hohes Gut. Diese Solidarität darf weder durch Geringschätzung von der einen Seite noch durch Engherzigkeit von der anderen Seite gefährdet werden.

Unser Ziel ist Arbeit für alle. Arbeit ist nicht nur Erwerb. Arbeit bestimmt Selbstwertgefühl, Identität und die Qualität des Zusammenlebens. Es ist für uns ein Gebot der Solidarität, auf Arbeit für alle hinzuwirken. Wir wissen aber auch, daß es Patentlösungen nicht gibt.

Für uns ist klar, daß die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland vorübergehend auch staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erforderlich macht, um die Bedrängnis der Arbeitslosigkeit auch dort zu lindern, wo der Aufwuchs an privaten Unternehmen und Arbeitsplätzen zu gering ist. Aber wir werden streng darauf achten, daß staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht zur Konkurrenz privater Unternehmen werden.

Das Beschäftigungsproblem ist nicht allein durch die bessere Verteilung vorhandener Arbeit lösbar. Wir setzen auf die Erhöhung des Gesamtvolumens an bezahlbarer Arbeit. Wer nach mehr Arbeit ruft, der sollte dar-

auf hinwirken, daß das Bild des Unternehmers nicht weiter beschädigt wird. Unternehmer und Existenzgründer schaffen Arbeit. Ihre Kreativität und ihre Bereitschaft zum Risiko ist das Fundament der Lebenskraft unseres Staatswesens. Sie taugen nicht als Objekt für Neid und Verdächtigung oder als Ziel von ideologischen Attacken. Wir wollen junge Menschen ermutigen, Unternehmer zu werden, und brauchen dazu die Hilfe aller.

7. Gerecht ist, was fairen Ausgleich schafft

Ungleichheit vor dem Gesetz richtet in Menschen bleibende Verletzungen an. Nicht die Herkunft, nicht die soziale Schicht und nicht die Rasse dürfen einen Menschen gegenüber dem anderen vor dem Gesetz privilegieren. Alle demokratischen Parteien sind sich darin einig.

Aber damit ist es für die Christlich Demokratische Union nicht getan: Wir werden immer jenen widersprechen, die für sich selber günstigere Maßstäbe beanspruchen, als sie ihren politischen Gegnern zu gewähren bereit waren. Eine solche Partei ist die PDS.

Wir sind uns bewußt, daß die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit im

nachhinein in der demokratischen Gesellschaft nicht vollkommen wieder gutgemacht werden können.

Soll der Rechtsstaat den Enteigneten und Vertriebenen der Nachkriegszeit ihren Eigentumsverlust bestätigen? Oder soll der Rechtsstaat denjenigen, die ihre Existenzgrundlage auf dieser Basis – begünstigt durch eine dem Eigentum nicht verpflichtete Administration – aufgebaut haben, aberkennen? Und was ist mit denen, die zu DDR-Zeiten z.B. wegen Braunkohlentagebauen oder Truppenübungsplätzen ihr Eigentum gegen lächerliche Entschädigungszahlungen abgeben mußten? Die Einmischung der Menschen aus Ostdeutschland ist unverzichtbar, wenn wir nach Gerechtigkeit suchen.

8. Der Osten hat Anspruch auf sichtbare Repräsentanz

Zu den gegenwärtigen Problemen gehört, daß der Osten publizistisch und medial sehr stark durch die Mißinterpretationen und politischen Absichten der PDS in Erscheinung tritt. Diese Art der „Ostpräsenz“ wird den Menschen und ihrer Geschichte nicht gerecht.

Die Mehrheit der Menschen will nicht, daß der Osten auch heute noch vorwiegend aus seiner durch die Teilung erzwungenen 40-jährigen

sozialistischen Geschichte heraus definiert wird. Heute ist Ostdeutschland nicht nur optisch kaum wiederzuerkennen. Die Menschen blicken in die Zukunft. Sie haben Visionen, Ziele und Träume, die sich im Grunde wenig von denen ihrer westdeutschen Landsleute unterscheiden. Heute ist vieles möglich, was früher in der Tat nur ein Traum war.

Viele Ostdeutsche haben von Anfang an an verantwortlicher Stelle am Aufbau mitgewirkt. Doch in vielen Fällen hatten die Ostdeutschen auch einfach keine Chance, Führungsaufgaben zu übernehmen. Die Erklärung hierfür ist einfach. Aufgrund mangelnder Erfahrung war der Nachweis der „Tauglichkeit“ für die neue Welt naturgemäß schwer. Zusätzlich hatte die Diktatur Kreativität und Eigeninitiative meist nicht nur nicht belohnt, sondern in vielen Fällen negativ sanktioniert. Im Kampf um Führungspositionen waren viele Ostdeutsche schlicht und einfach nicht trainiert. Doch nach 10 Jahren ist dies Geschichte. Heute sind viele gut qualifizierte Menschen zur Übernahme von Verantwortung bereit. Die letzten 10 Jahre sind eine geradezu atemberaubende Erfolgsgeschichte: eine friedliche Revolution und ein Aufbauwerk ohnegleichen. Die Freiheit wurde für Kreativität und innovatives Potential genutzt. Die Ostdeutschen haben heute mehr Grund zum Selbstbewußtsein, als sie sich vielfach selbst zugestehen.

Die 90er Jahre waren geprägt von wirtschaftlichen und finanziellen Anstrengungen für den Aufbau Ost. Heute ist eine junge Generation nachgewachsen, die entscheidende Teile ihrer Ausbildung und den Berufsstart in einer freiheitlichen Gesellschaft absolviert hat. Ältere haben sich in diesem Jahrzehnt qualifiziert und weitergebildet. Die Zeit ist reif, daß sich die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands auch stärker dadurch vollzieht, daß mehr Menschen aus den neuen Bundesländern sichtbar Verantwortung in Wirtschaft, Staat, Wissenschaft und Gesellschaft einnehmen.

9. Die Modernisierung des Staates stärkt auch das ostdeutsche Selbstbewußtsein

Da Freiheit und Verantwortung zusammengehören, erfordert mehr Verantwortung automatisch auch mehr Freiheiten. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich im Westen äußerst komplizierte Beziehungen und Finanzausgleichssysteme zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen etabliert. Oftmals ist heute kaum noch nochvollziehbar, warum die Dinge so geregelt sind, wie sie es

sind. Es ist daher höchste Zeit klarzustellen, für welche Aufgaben die einzelnen Ebenen zuständig sind. Wer Verantwortung trägt, muß auch wirklich entscheiden können. Eine grundlegende Reform der Finanzbeziehung zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen ist daher unabdingbar.

Mehr Eigenverantwortung und Autonomie ermöglichen nicht nur mehr Bürgernähe, sie leisten auch einen wichtigen Beitrag, den Staat durchschaubarer zu machen. Wer weiß denn heute, wer für die Renovierung der Schule, die Apparateausstattung des Krankenhauses oder die Sanierung von Bahnübergängen zuständig ist? Wenn die Funktionsweise des Staates besser verstanden wird, ist dies auch ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Nur wer versteht und wirklich mitentscheiden kann, ist auch bereit, sich zu engagieren. Wir wollen und brauchen das verstärkte Engagement der Bürger für diesen Staat in Ost und West.

Wir wollen die Begegnung zwischen Ost und West auf gleicher Augenhöhe. Dazu gehört, daß wir klar aussprechen, was geleistet wurde und wer welchen Beitrag dazu erbracht hat. Dazu gehört auch, daß wir gleiche Maßstäbe ansetzen. Bei den Finanzbeziehungen muß eine klare Definition gefunden werden, was Transfers für den „Aufbau Ost“ sind. Kindergeld erhält der Westdeutsche ebenso und in gleicher Höhe wie

der Ostdeutsche. Warum das Kindergeld in Cottbus als Transferleistung für den Aufbau Ost gelten soll, ist nicht einzusehen.

Es gibt genügend Grund und Anlaß, regionales Selbstbewußtsein zu entwickeln und zu dokumentieren. Dabei sollte verstärkt über eigene Zielvorgaben und Maßstäbe nachgedacht werden. So beschreibt z.B. das Ziel der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ – so richtig dies gemeint ist – automatisch den Westen als Maßstab. Dieser ständige Vergleich mit dem Westniveau wird weder den bereits in den neuen Ländern erbrachten Leistungen noch dem Leistungsvermögen für die nahe Zukunft gerecht. Wettbewerb ist in der freiheitlichen Gesellschaft ein entscheidendes Gestaltungsmerkmal. Wenn dieser Gedanke zu mehr Wettbewerb zwischen den ostdeutschen Ländern untereinander führen würde, käme das der Förderung von regionaler Identität und einer illusionsfreien Zielvorgabe deutlich näher.

10. Die CDU im Osten – ein Sprachrohr für die Bürger

Als Christdemokraten wollen wir den Prozeß der inneren Einheit Deutschlands vollenden. Wir sind die Partei der Deutschen Einheit. Unsere Politik

basiert auf den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Ohne das Festhalten und die Verteidigung dieser Grundwerte wäre die Deutsche Einheit nicht denkbar gewesen.

Wir wollen unser Angebot an die Bürger zum Mitdiskutieren und Mitwirken verstärken und unsere Kontakte zu Vereinen, Initiativen und Verbänden verstärken. Wir sind offen für alle, die sich auf der Basis unserer Grundüberzeugungen und unserer Grundwerte in die CDU einbringen wollen.

Wir wollen mehr Mitglieder gewinnen und diese in die Parteiarbeit einbinden. Wir verstehen, wenn nach den Diktaturen von NSDAP und SED heute bei vielen eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Parteien existiert. Doch die Demokratie braucht das Engagement der Bürger. Wir werden weiter dafür werben, im Interesse einer guten Zukunft in Freiheit, Demokratie und Frieden.

Wir wollen unser Angebot an die Bürger zum Mitdiskutieren und Mitwirken verstärken und unsere Kontakte zu Vereinen, Initiativen und Verbänden verstärken. Wir sind offen für alle, die sich auf der Basis unserer Grundüberzeugungen und unserer Grundwerte in die CDU einbringen wollen.

Wir wollen mehr Mitglieder gewinnen und diese in die Parteiarbeit einbinden. Wir verstehen, wenn nach den Diktaturen von NSDAP und SED heute bei vielen eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Parteien existiert. Doch die Demokratie braucht das Engagement der Bürger. Wir werden weiter dafür werben, im Interesse einer guten Zukunft in Freiheit, Demokratie und Frieden.

**2. ZUKUNFTSFORUM
GRUNDWERTE
15. MAI 1999 IN COTTBUS**

**UiD Extra
16/1999**